



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

52. Sitzung (öffentlich)

9. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU) (Vorsitzende)
André Stinka (SPD) (amt. Vorsitzender)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3977
Vorlage 17/4053
Vorlage 17/4123

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 10 in der vorliegenden Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und AfD zu.

2 Schlachthofbetreiber in die Verantwortung nehmen – Arbeitsverhältnisse endlich verbessern! **13**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9347

In Verbindung mit:

Schlachthöfe in NRW werden zu Corona-Brennpunkten – Schluss jetzt mit der Ausbeutung der Beschäftigten in der Fleischindustrie!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9362

Ausschussprotokoll 17/1130 (Anhörung vom 23. September 2020)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/9347 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/9362 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3977
Vorlage 17/4053
Vorlage 17/4123

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

– abschließende Beratung und Abstimmung

Amt. Vorsitzender André Stinka verweist auf die übersandten Antworten zu den offenen Fragen zum Einzelplan 10 – vgl. Vorlage 17/4123. Änderungsanträge lägen nicht vor.

Rainer Deppe (CDU) erklärt, seine Fraktion begrüße diesen Haushalt und sei der festen Überzeugung, dass die politischen Vorstellungen, die das Ministerium vorgelegt habe, den Vorstellungen der Koalitionsfraktionen entsprächen und vor allem, dass der Haushalt den Anforderungen des Landes entspreche – das sei das Entscheidende. Hier sei ein Paket im Rahmen des Möglichen vorgelegt worden, das die CDU ausdrücklich unterstütze. Sie unterstütze insbesondere die Schwerpunkte, die in diesem Haushalt gesetzt würden. Das sei einmal der Schutz der Natur und der Artenvielfalt. Es wäre auch merkwürdig, wenn das im Umweltbereich nicht ein Schwerpunkt wäre. Hier sei deutlich die Handschrift der Ministerin zu spüren.

Eine große Sorge, über die schon mehrfach im Hause diskutiert worden sei, bereiteten die Herausforderungen, die mit den Wäldern zusammenhängen. Die Situation sei bekannt. Er sei froh, dass die Landesregierung hier mutig vorgehe und Förderprogramme sowohl für die Extremwetterlage wie auch für die Wiederbewaldung auflege und die Forstwirtschaft und die Waldwirtschaft in NRW stärke.

Oft sei über die Verbesserung des Tierwohls und der Tierhaltung gesprochen worden. Er habe die große Hoffnung, dass man in diesem Jahr einen erheblichen Schritt weiterkomme bei der Errichtung des Musterstalles auf Haus Düsse. Man wolle einerseits veränderte Haltungsbedingungen in der Schweinehaltung ausprobieren, die auch wissenschaftlich begleitet würden, zum anderen wolle man auch der praktischen Landwirtschaft die Möglichkeit geben, sich zu orientieren und Anregungen, vielleicht sogar ganze Konzepte mit auf die eigenen Betriebe zu nehmen und dort umzusetzen.

Zufrieden sein könnten sicher die Verbraucher, denn das Land schließe eine neue Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale, die wieder für mehrere Jahr Gültigkeit haben werde. Dafür seien im Haushalt 4 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Er erinnere daran, dass im Jahre 2006 erstmalig eine so langfristige Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale abgeschlossen worden sei. Das habe sich bewährt. Das hätten

auch die Nachfolgeregierungen übernommen. Er denke, man sei damals Vorbild in Deutschland gewesen. Es sei gut, dass NRW den Weg weiter gehe. Man wolle den mündigen Verbraucher. Der mündige Verbraucher brauche auch verlässliche Informationen und in vielen Fällen auch Unterstützung, deshalb ein uneingeschränktes Ja zur Verbraucherzentrale und zu diesem Haushaltsansatz.

In der Anhörung – das Wassergesetz sei Hauptthema gewesen – habe man am Rande auch darüber diskutiert, dass es nicht nur um Dürre gehe, die im Rahmen des Klimawandels bewältigt werden müsse, sondern auch um Starkregenereignisse und Hochwasserschutz. Auch hier setze der Haushalt entsprechende Schwerpunkte.

Das Thema „Nachhaltigkeit und Klimaanpassung“ sei im Grunde genommen die große Klammer um alles herum. Insbesondere werde mehr im Bildungsbereich ausgegeben. Die Auseinandersetzungen mit dem Klimawandel, die Anpassung an den Klimawandel und vor allem eigenes nachhaltiges Verhalten gehörten zusammen. Das gehe nur dann, wenn die Menschen entsprechend informiert seien und wenn sie die Möglichkeit hätten, auch an Bildungsprogrammen teilzunehmen. Das diene als erste Zusammenfassung. Wenn es nachher zu Einzelberatungen komme, könne er sich gerne wieder zu Wort melden.

Norwich Rüße (GRÜNE) führt aus, aus Sicht seiner Fraktion sei der Haushaltsentwurf des Einzelplans 10 mit etwas Licht und viel Schatten versehen, Licht – der Kollege habe es angesprochen – im Bereich Verbraucherschutz. Das erkenne er ausdrücklich an, das sei positiv. Er habe das letzte Mal schon gesagt, dass die Mittel im Bereich der Internationalen Gartenbauausstellung aufgestockt worden seien, sei positiv. Das seien zwei Beispiele, die seine Fraktion ausdrücklich begrüße.

Auf der anderen Seite sehe er eine Menge Schatten. Er könne nicht verstehen, wo Kollege Deppe tatsächlich sehe, dass in diesem Haushalt ein Schwerpunkt bei Artenvielfalt und Naturschutz gesetzt worden wäre. Das finde sich in dem Entwurf nicht wieder.

Schwerpunkte würden im Bereich Wald- und Holzabsatz gesetzt, und – das habe er auch hinterfragt – im Bereich der Landwirtschaftskammer werde kräftig draufgesattelt. Da reichten die Erklärungen, die nachgeliefert worden seien, nicht aus. Man hätte durchaus die Ausgaben in anderen Bereichen erhöhen können: Er nenne die Biologischen Stationen, die seit Jahren nicht gefördert würden.

Wenn er sich die Erläuterungen anschauere, dann begännen die Erläuterungen zur Landwirtschaftskammer im Jahre 2018 bis 2020, die letzten drei Jahre. Es mache auch Sinn, zwei, drei Jahre zurückzugehen. Wenn man die Zahlen aus dem Jahre 2015 mit den heutigen vergleiche, dann sei eine Steigerung von gut 100 Millionen Euro auf 130 Millionen Euro festzustellen. Das sei beachtlich. Das gebe es an keiner anderen Stelle. Er finde, dass die Landwirtschaftskammer über Gebühr vor allen anderen Bereichen bevorzugt werde. Das zeige, dass der Schwerpunkt mitnichten im Bereich Naturschutz und Artenvielfalt gesetzt werde. Sonst würde man da andere Schwerpunkte setzen.

Es gebe weiterhin Positionen etwa von einer halben Million Euro im Bereich Pferdezucht, Pferdesport. Ob das notwendig sei, daran mache er große Fragezeichen. Auch frage er, warum man im Landesbetrieb „Wald und Holz“ eine zweite Leitungsstelle brauche,

da der Landesbetrieb Funktionen mit dem Holzabsatz abgebe. Auch daran mache er Fragezeichen, ob das so sein müsse.

Die Landesregierung betone immer, nachdem sie beim LEP die Reduktion des Flächenverbrauchs aufgegeben habe, sie hätte andere Instrumente, den Flächenverbrauch einzudämmen. Man sehe das bloß nicht. Wenn man es praktisch tun könnte, dann wäre der AAV genau das richtige Instrument, deutlich draufzusatteln. Da gehe es nicht. 30 Millionen Euro für die Landwirtschaftskammer seien möglich, aber hier eine oder zwei Millionen Euro draufzulegen, das passiere nicht. Er frage sich schon, ob es wirklich ernst gemeint sei mit dem Flächensparen und dem Recyceln von Flächen in Nordrhein-Westfalen, was dringend notwendig wäre, um landwirtschaftliche Flächen vor dem immer weiteren Zugriff zu bewahren. Seine Fraktion sei vom Einzelplan 10 in der Summe enttäuscht, wie gesagt: „wenig Licht – viel Schatten!“

André Stinka (SPD) legt dar, in der Einführung zum Haushalt sei von der Ministerin deutlich gemacht worden, was im Bereich Tierschutz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu tun sei, wie dem Klimawandel begegnet werde. Dass die Lage der Umwelt kritisch sei, werde auch nach seiner Einschätzung richtig beschrieben.

Wenn man sich aber die Realität anschauere, wie die Umweltpolitik ins Regierungshandeln komme und wie sich die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen darstelle, dann stelle er anhand der Beratungsfolge der letzten Tage fest, dass am Mittwoch über die zweite Berichts-anfrage seiner Fraktion zum Thema „Situation von Mastschweinen“, dem sogenannten Schweinestau, diskutiert worden sei. Dieses Thema sei im Sommer aufgrund von Tierwohlgefährdung von seiner Fraktion problematisiert worden. Er erinnere daran, dass die Ministerin und auch das Haus deutlich gemacht hätten, sie hätten alles im Griff. Sie müssten auf den Zug der Zeit aufspringen, so die Interviewaussagen im Bereich von Tierschutz. Wenn man sich das anschauere, sehe man, dass da viel Schatten sei – Kollege Rüsse habe es gerade gesagt.

Seine Fraktion habe sich letzten Mittwoch auch geärgert, als die Ministerin deutlich gemacht habe, dass das Thema „Arbeitszeiterfassung und Werkverträge“ in Berlin diskutiert werde und dass viele Lobbyisten unterwegs seien. Den Sozialdemokraten müsse die Ministerin das nicht sagen. Diese Belehrung habe man nicht nötig. Es wäre sinnvoll, wenn die Landesregierung ihren Einfluss auf die Mittelstandsvereinigung der CDU organisieren würde oder mit den CSU-Vertretern in der Bundesregierung sprechen würde. Er frage, wie die Haltung der Landesregierung zu Werkverträgen aussehe. Bei der SPD müsse man nicht für solche Regelungen werben. Er habe gedacht, dass man nach den Vorkommnissen, die in Coesfeld und in den Schlachthöfen in Ostwestfalen-Lippe passiert seien, beim Thema „Werkverträge und Arbeitszeiterfassung“ schon weiter sei.

Fakten nach Mittwoch: Der Schweinestau sei da. Die Zahlen über Reserveplätze seien erneut nicht benannt worden. Im Bericht finde man widersprüchliche Hinweise, entweder gebe es eine Belastung oder nicht. Im Verfahren sei die Nutztierstrategie erläutert worden. Er glaube, es sei richtig, dass man sich mit dem Thema beschäftige. Vor wenigen Wochen sei deutlich geworden, als die Mutterkuhhalter hier gewesen seien, dass die vom Runden Tisch oder vom Dialog bis heute nichts wüssten.

(Widerspruch der Ministerin Ursula Heinen-Esser [MULNV])

In dem Papier, in den Eckpunkten von Anfang 2020, die die Ministerin in Berlin präsentiert habe, finde man gute Diskussionsansätze. Die Ministerin beziffere die Mehrkosten für den Ausbau der Ställe auf 350 Millionen Euro. Die Ministerin habe – das habe seine Fraktion begrüßt – den Gesprächsfaden aufgenommen, gerade auch mit der Lebensmittelwirtschaft. Da wären die Haushaltsberatungen ein Mittel gewesen, um einen Zwischenstand – wie weit sei man mit den Gesprächen mit der Lebensmittelwirtschaft, was die Preisgestaltung angehe – darzustellen. Er frage, wie die Haltung der Landesregierung zur Borchert-Kommission aussehe, wie es aussehe, wenn man für mehr Tierwohl auch mehr investieren müsse. Er erkundige sich nach der Haltung in Düsseldorf. Auch wüsste er gerne, wann die Ministerin entscheide, wie sie in ihrer Broschüre zum Thema „Nutztierhaltungsstrategie“ ausführe, wann man welche öffentlichen Mittel nutze. Die SPD-Fraktion sei bereit, in diese Debatte einzutreten, weil man glaube, dass mehr Tierwohl auch höhere Kosten zur Folge habe.

Die Broschüre zur Nutztierhaltung mache deutlich, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht bereit seien, durch ihr Konsumverhalten dazu beizutragen, dass sich im Bereich der Tierhaltung etwas ändere.

In ihrer Haushaltsrede schreibe die Ministerin – er zitiere daraus –:

„Unterstützt wird dieser Transformationsprozess zu einer tiergerechten Nutztierhaltung durch das hohe Bewusstsein der Bevölkerung.“

Nun frage er, ob die Verbraucherinnen und Verbraucher bereit seien oder ob sie es nicht seien. Auf Haus Düsse wolle er nicht mehr lange eingehen. In der vorletzten Umweltausschusssitzung sei darüber gesprochen worden, dass die Fertigstellung sicherlich vor der Landtagswahl stattfinden werde. Man sehe nun, dass der Spatenstich Anfang 2021 stattfinden werde. Er habe feststellen können, dass im Rahmen der Debatte um die BlmSch-Verordnung auch das Haus von Horst Seehofer daran beteiligt sei, dass sich der Prozess hinausgezögert habe.

Zum Thema „Realität“, zu dem, was wirklich im Bereich der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen passiere, gehöre auch die Anhörung, die vorhin zur Novelle des Landeswassergesetzes durchgeführt worden sei.

Die Ministerin bringe das Thema „Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsstrategie“ zu Recht in die öffentliche Debatte. Wenn er sich allerdings anschau, wie die Landesregierung mit dem Nachhaltigkeitsziel 6 – dem Gewässerschutz – umgehe, dann glaube er, dass CDU und FDP in die 90er-Jahre zurückrollten und von dem SDG 6 relativ wenig übrigbleibe. Er frage, was mit den Gewässerrandstreifen sei, was mit dem Bekenntnis zur Strategie beim Thema Wasserknappheit sei. Heute Morgen habe man feststellen können, dass auch die Landwirtschaftsverbände mit Blick auf die niedersächsischen Regelungen sehr offen für Debatten seien und diese Regelungen auch gut fänden. Er wüsste gerne, wie sich das im Haushalt niederschläge und wie die Landesregierung dazu stehe.

Bei dem Nachhaltigkeitsbericht werde das Thema groß aufgezoogen, man finde aber wenig Niederschläge im Haushalt. Nachhaltigkeitsziele würden auch nur „geschrammt“.

Beim Nachhaltigkeitsziel 15 – Steigerung der Biodiversität – müsse er nicht noch die Gewässerrandstreifen erwähnen und das Thema „Fläche“. Wenn man im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ lese, dass die Landwirte auf Klagen des BUND hoffen würden, dann fehle einiges in dieser Diskussion.

Insgesamt sehe man Erhöhungen im Stellenanteil der Landwirtschaftskammer, die Biologischen Stationen blieben bei dem Ansatz, der die Inflation ausgleiche. Auch die Biologischen Stationen trügen mit ihrer Bildungsarbeit dazu bei, dass das wichtige Ziel des Artenschutzes in Nordrhein-Westfalen den Menschen durch Bildungsarbeit nähergebracht werde. Deswegen hätte sich seine Fraktion hier einen deutlich höheren Ansatz versprochen.

Fazit: Es werde ein Haushalt vorgelegt, es würden ambitionierte Ziele beschrieben, unterfüttert mit Haushaltsmaßnahmen oder gar durch Regierungshandeln würden viele Dinge nicht. Deswegen werde seine Fraktion den Einzelplan 10 ablehnen.

Markus Diekhoff (FDP) betont, er teile die Aussagen von SPD und Grünen ausdrücklich nicht. Er wisse, dass die Landesregierung in einer besonderen Zeit auch einen beeindruckenden Haushalt vorlege. Es sei kein Sparhaushalt. Anders als in den vergangenen Jahren unter der Regierung von SPD und Grünen habe der Umweltbereich nicht als Steinbruch erhalten müssen. Man habe kontinuierlich die Ausgaben im wichtigen Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherschutzbereich ausdehnen können. Den Verbraucherbereich habe Herr Rüße angesprochen. Das sei definitiv der Fall. Er verweise auf die Kraftaufwendungen für die Wiederaufforstung der Wälder in Nordrhein-Westfalen. Das sei eine bemerkenswerte Summe auch nach den Maßstäben, die in einem Umwelthaushalt im Normalfall zur Verfügung stünden. Da gehe man einen sehr guten Weg.

Große Herausforderungen seien gelöst worden, man löse sie auch mit dem neuen Haushalt. Er verweise auf die Luftreinhaltung, die Flächeninanspruchnahme als wichtige Punkte neben der Wiederaufforstung. Die Schwerpunkte seien sauber finanziert. Mehr wäre immer gut. Auch er wünsche sich mehr. Aber Geld wachse nun einmal nicht auf Bäumen. Insgesamt habe der Haushalt für diesen Bereich Fortschritte gemacht. Man könne zu Recht stolz darauf sein, dass man damit die Herausforderungen der Zukunft angehen und lösen könne. Es sei gelungen, zusätzliche Mittel für die besonderen Herausforderungen loszueisen. Das sei nicht immer so. Er teile die Kritik von Rot-Grün nicht. Das sei ein guter Haushaltsentwurf. Jetzt würden die Positionen auch durchgebracht.

Dr. Christian Blex (AfD) hält fest, der Haushalt sei um 8 % weiter gewachsen. Der Staat gebe in Corona-Zeiten gerade Geld aus, was er nicht habe. Es gebe maßlose Verschuldungsorgien. Der Haushalt werde weiter aufgebläht. Allein das trage seine Fraktion nicht mit.

Dann komme hinzu – darauf werde offensichtlich hingearbeitet –, dass man sich vonseiten der CDU einen anderen Koalitionspartner nach der nächsten Landtagswahl suche. Das merke man ganz klar. Die Landwirtschaft falle hinten herüber. Jetzt versuche man es mit der Nachhaltigkeitsstrategie, mit der Tierwohlgeschichte und mit der

Problematik, dass man sich die Welt nicht so backen könne, wie man sie gerne hätte. Die Problematik sei von der SPD angesprochen worden. Der Verbraucher wolle gar nicht das, was Frau Heinen-Esser wolle. Irgendwann werde es Zwang geben. Das merke man auch bei der Schwerpunktsetzung. Seine Fraktion lehne den Haushalt ab.

Norwich Rübe (GRÜNE) führt, an Herrn Diekhoff gewandt, aus, er würde sich als Grüner den Schuh anziehen, dass man es in der eigenen Regierungszeit nicht geschafft habe, den Einzelplan 10 mit Ausnahme des Bereiches Klimaschutz, der jetzt nicht mehr drin sei, namhaft zu erhöhen. Das gelinge der CDU/FDP-Koalition aber auch nicht. Zur Wahrheit gehöre auch dazu, dass 2005 und 2010 erhebliche Kürzungen in diesem Einzelplan vorgenommen worden seien. Die müssten jetzt immer noch korrigiert werden.

Wenn er sich einmal anschau, wie der Gesamthaushalt des Landes NRW in den letzten zwei Jahrzehnten gestiegen sei und welchen Anteil der kleine Einzelplan 10 daran noch habe, dann sei das sehr bescheiden angesichts der Herausforderungen, die man in der Gesamtheit habe. Es müsse eigentlich Interesse sein als Mitglieder des Umweltausschusses, dass man hier zu einer angemessenen Steigerung komme, weil die Herausforderungen auch im Bereich Artenvielfalt so groß seien, wo aus Sicht der Grünen zu wenig passiere.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) kommt zunächst auf das Thema zu sprechen, warum die Mittel für die Landwirtschaftskammer hochgefahren würden, ob es nur darum gehe, Landwirtschaftsthemen zu machen. Das habe mit Naturschutz und Biodiversität überhaupt nichts zu tun – dieser Vorwurf schwinde hier mit. Sie bitte, genau in das Papier zu schauen, dass das Ministerium mitgeschickt habe. Darin sehe man auch, warum an bestimmten Stellen der Landwirtschaftskammer mehr Geld zur Verfügung gestellt werde. Das betreffe etwa das Monitoring des Düngerechts. Das sei entscheidend im Zusammenhang mit der neuen Düngeverordnung. Die Biodiversitätsberatung der landwirtschaftlichen Betriebe werde ausgeweitet und stabilisiert. Das Land weite den Ökolandbau aus. Man kümmere sich um Wasserkooperationen. Das seien alles Themen, die eng mit dem Thema „Naturschutz“ zu tun hätten.

Beim Naturschutz gehe es doch nicht nur darum, sich darum zu kümmern, dass man die Biologischen Stationen vielleicht noch weiter ausbaue. Naturschutz bedeute auch, dass man die Landwirtschaft auf dem Weg dahin mitnehme, nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben. Dafür brauche man Instrumente. Und diese Instrumente stelle dankenswerterweise die Landwirtschaftskammer zur Verfügung. Sie sei angetreten – sie sage das hier noch einmal –, um Landwirtschaft und Naturschutz zusammenzubringen, zusammenzudenken und die alte Konfrontationsstellung, die es gegeben habe, aufzulösen. Das spiegele sich auch im Haushalt wider: Man wolle die Landwirte mitnehmen auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Produktion. Das mache nicht das Ministerium selbst, sondern man hole sich die Profis an die Seite, nämlich tatsächlich die Landwirtschaftskammer. Sie sei sehr froh, dass die Biodiversitätsberatung tatsächlich ausgeweitet werden könne.

Der zweite Punkt, das Thema „Nutztierhaltungsstrategie“, abgesehen davon, dass weder sie noch der Ausschuss für Werkverträge zuständig seien: Sie spiele direkt mit hinein in das Thema „Schlachthöfe“. Die nordrhein-westfälische Landesregierung stehe hinter dem, was die Koalition in Berlin vereinbart habe. Karl-Josef Laumann, der zuständige Minister, habe es gerade am Wochenende noch einmal deutlich betont. Sie frage, warum sie das Thema in der letzten Ausschusssitzung genannt habe. Sie habe es genannt, um aufzuzeigen, dass man die alten Kapazitäten, die man aus der Vergangenheit kenne, die ursächlich dafür seien, dass die Situation in den Schlachtbetrieben so sei, wie sie sei, mit einem veränderten Werkvertragsrecht nicht mehr erfüllen könne. Man müsse sich – das sei ihre Aussage im Ausschuss gewesen – früh genug darauf einstellen, dass sich die Kapazitäten verändern würden, dass man da hinsteuern müsse.

Die Landwirte, die gesagt hätten, das sei ein Prozess des Marktes, stünden da und wollten mehr Unterstützungsmaßnahmen. Die Landesregierung gucke sich die Situation genau an. Sie habe auch im Ausschuss gesagt – man komme gleich auf das Thema anhand der Anträge, die noch beraten würden, zu sprechen –, dass man im Moment in Nordrhein-Westfalen nicht solche Probleme habe wie beispielsweise in Niedersachsen und dass die Landesunterstützungsnetzwerke, die es gebe, bei den Landwirten bislang nicht benötigt würden.

Zur Nutztierhaltungsstrategie II: Auf Haus Düsse würden die Ställe gebaut. Das werde begrüßt. Wann sie fertiggestellt seien, würde man sehen. Die Opposition komme auf jeden Fall mit zur Einweihung, weil es eine gute Sache sei, dass man diese Modellprojekte habe, unabhängig davon, wer in der Landesregierung sei und wer Abgeordnete sei. Diese Ställe würden tatsächlich benötigt.

Am 1. Januar starte das Land mit der Tiergesundheitsdatenbank beim LANUV mit zwei Modellregionen in Wesel und in Soest, was auch wichtig sei, um zu gucken, ob man darüber ein besseres Auge auf den Tierschutz habe. Sie habe immer gesagt, die Nutztierhaltungsstrategie beschäftige sich in Etappen mit den einzelnen Themen. Aufgrund der Situation auf dem Schweinemarkt habe man sich zuallererst mit dem Thema „Schweine“ beschäftigt. Dann kämen die Rinder, dann komme das Geflügel. So sei in etwa der Zeitplan. Man habe sich jetzt mit den Schweinen beschäftigt und müsse noch einiges nacharbeiten, da habe Herr Stinka recht. Sie sage nicht, es sei alles rosig. Da werde man noch ordentlich nacharbeiten müssen. Jetzt habe man das Thema „Schweine“ in der mittel- und langfristigen Strategie abgearbeitet. Jetzt kämen die anderen Themen. Dann werde man mit den Verbänden tatsächlich darüber reden, wie es weitergehe.

Zum Thema „AAV“: Es sei kritisiert worden, als Schwarz-Gelb die Regierung übernommen habe, seien 4 Millionen Euro für den AAV ausgegeben worden. Mittlerweile seien es 7 Millionen Euro. Im Konjunkturprogramm seien auch noch einmal 7 Millionen Euro für den AAV veranschlagt. Das heiße, der AAV habe im Jahr 2020 allein schon 14 Millionen Euro, um Brachflächen und Altlasten zu sanieren. Einen höheren Wert habe noch keine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Es wäre schön, wenn das akzeptiert werden würde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dr. Ralf Nolten (CDU) bemerkt einleitend, er müsse Herrn Rüße nicht den Unterschied zwischen einer Biologischen Station und einer Landwirtschaftskammer erklären. Die Landwirtschaftskammer sei vor über 120 Jahren gegründet worden, sie habe öffentliche Aufgaben im Bereich Gutachten, im Bereich berufliche Ausbildung. Sie nehme als Zahlstelle zahlreiche Aufgaben wahr: die Abwicklung des Öko-Landbaus, die Prämienabwicklung. Wenn man wolle, dass die Landwirte in den Vertragsnaturschutz hineingingen, dann werde das von der Kammer entsprechend umgesetzt. Wenn zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie – da habe Herr Rüße heute das „große Lied“ gesungen – Berater da seien, dann seien sie alle im öffentlichen Auftrag unterwegs. Das werde regelmäßig seit Jahrzehnten genau aufbemessen. Dafür bekomme die Landwirtschaftskammer einen entsprechenden Ausgleich.

So zu tun, als würden die Gelder nur in Richtung Landwirtschaft gehen und nicht in den Bereich Naturschutz, sei, bezogen auf die zweite Säule, scheinheilig. Herr Rüße fordere, die zweite Säule solle stärker ausgebaut werden. Wenn man dann Personalkapazitäten brauche, dann verstecke man sich. Dann sollte Herr Rüße ehrlich sagen, dass er die Landwirtschaftskammer in diesem Bereich nicht aufstocken wolle. Dann wüsste man auch, wo man Begrenzungen in der zweiten Säule vornehmen solle, weil die Grünen das unbedingt so wollten. Die Koalition werde das nicht tun, aber wenn Herr Rüße es so wolle, dann sollte er es auch sagen.

Herr Rüße spreche die Biologischen Stationen an, er hätte auch einen anderen Bereich heranziehen können, wenn er die Steigerungsraten betrachte. Er hätte zum Beispiel das Landesbüro der Naturschutzverbände heranziehen können. Da sollte man sich mal anschauen, wie sich da die Personalkosten in den letzten Jahren entwickelt hätten. Da komme die Kammer bei Weitem nicht mehr mit.

Er zeige in diesem Haushalt auch andere Einrichtungen, die noch nicht einmal den Inflationsausgleich, geschweige denn eine Steigerung bei den Personalausgaben erhielten. Da sollte man ehrlich bleiben und sagen, was man wolle und was man nicht wolle. Dann müsse Herr Rüße sagen, er wolle die Kammer runterfahren. Andere Bundesländer hätten ein Landesamt für Landwirtschaft. All das habe man hier nicht. Dann sollte Herr Rüße sagen, man sollte sich aus diesem Bereich, bezogen auf den Ressourcenschutz, verabschieden.

Was die Landwirte leisteten: Wenn sie in Arbeitskreisen säßen, dann zahlten sie ihre ganz normalen Dienstleistungsgebühren. Das werde kostendeckend getragen. Herr Rüße sei selbst Landwirt. Dann wisse er, dass er einen pflichtigen Kammerbeitrag zu leisten habe. Er kenne sicher die Säulen der Finanzierung der Landwirtschaftskammer. Er halte es für unredlich, die Biologischen Stationen daneben zu setzen.

Norwich Rüße (GRÜNE) erwidert, er habe einen weiten Bogen gespannt, und zwar über die letzten Jahre. Er habe ab 2015 verglichen. Da sei es schon erstaunlich, wenn dann aus 100 Millionen Euro Landeszuschuss 130 Millionen Euro bzw. etwas mehr würden. Das dürfe er doch durchaus hinterfragen. Wenn Herr Nolte das Landesbüro der Naturschutzverbände erwähne, da betrage die Steigerung vom letzten Jahr zu diesem Jahr in der Planung 20.000 Euro. Er könne nicht erkennen, dass das auch nur

annähernd vergleichbar sei. Wenn man den gesamten Bereich Naturschutz nehme, da sei die Gesamtsumme auch gleich geblieben.

Er habe das ausdrücklich miteinander verglichen, weil aus Sicht seiner Fraktion die Biostationen eine andere, aber genauso wichtige Arbeit leisteten. Wenn Dr. Nolten ihm sage, er solle sagen, was er wolle, dann sollte Herr Dr. Nolten auch deutlich sagen, dass er die Arbeit der Biologischen Stationen nicht wertschätze. Wenn man mit den Biologischen Stationen Gespräche führe, wenn man mit dem Ehrenamtlichen im Naturschutz Gespräche führe, dann werde deutlich, dass man da seit Langem das Problem der fairen Bezahlung habe. Da werde vieles gemacht. Stunden würden wahrgenommen, die würden gar nicht mehr aufgeschrieben. Er glaube, dass der Umgang dieser Landesregierung mit dem Naturschutz sowohl ehrenamtlich als auch hauptberuflich nicht fair sei.

Der Vergleich mit der Landwirtschaftskammer sei sehr wohl richtig. Bei den angeführten Punkten gebe es Überschneidungen in Richtung Naturschutz. Zunächst einmal gehe es aber bei der Düngeverordnung nicht darum, dass man naturschutzfachlich etwas tun wolle, sondern es gehe darum, dass das Düngerecht umzusetzen sei. Das sei das Allererste. Es sei im ureigensten Interesse der Landwirtschaft, dass das passiere. Es sei auch richtig. Dann solle man es auch so benennen und deutlich sagen, man gebe dieses Geld aus, damit die Landwirte es schaffen würden, die neuen, zugegebenermaßen nicht einfachen Bedingungen der Düngeverordnung umzusetzen. Das sei in Ordnung. Dann habe das einen kleinen Effekt auf den Naturschutz. Das könne man nebenbei erwähnen. Aber das sei nicht die Zielrichtung. Das gehöre zur Wahrheit und Ehrlichkeit seiner Meinung nach dazu.

Dr. Ralf Nolten (CDU) meint, er könne jetzt auch die Ansätze aus dem LANUV in Anrechnung bringen, die auch zum Naturschutz zählen würden. Natürlich kenne er die Biologischen Stationen. Da sei zu fragen, welche Art von Finanzierung sie hätten, wie die Vorstöße auf der kommunalen Ebene, vom Landkreistag seien, dass man bereit sei, mehr Finanzierung mit einzubringen. Das sei eine Mischfinanzierung. Er habe nicht gesagt, dass er die Arbeit nicht wertschätze. Er mache seit über 20 Jahren Kommunalpolitik in diesem Bereich. Er verwahre sich dagegen, dass Herr Rütze einseitig die Landwirtschaftskammer an den Pranger stelle hinsichtlich der Zuwächse.

Wenn man das Landesbüro der Naturschutzverbände nehme, sollte man nicht nur die Steigerung 2020/2021 nehmen, dann sollte man sich 2019/2020 mit anschauen. In einem Jahr gebe es über 30.000 Euro nur bei den Personalkosten mehr. So habe sich das Ganze entwickelt, in einem Jahr.

Markus Diekhoff (FDP) betont, man wisse, woher die Steigerung bei der Landwirtschaftskammer komme. Es seien zum Teil historische Gründe, die zu dieser Steigerung im Nachhinein geführt hätten. Seine Fraktion hätte gerne noch mehr für die Landwirte getan, das gebe er gerne zu. Er glaube auch, dass es dem Naturschutz und am Ende allen Menschen guttue, alle würden davon leben, was dort passiere. Die Kritik, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen würden die Arbeit der Biostationen nicht ernst nehmen, halte er für ungerechtfertigt.

Er wisse, dass die Grünen lange für eine solide Finanzierung der Biologischen Stationen gekämpft hätten, was sie zumindest in Teilen auch erreicht hätten. Dieser Status Quo sei von der Koalition nicht ausgelöst worden, im Gegenteil. Man habe es fortgeführt. Die Ministerin habe sich mit Rückendeckung von CDU und FDP gegen globale Minderausgaben im Bereich Naturschutz und auch im Bereich der Biologischen Stationen eingesetzt. Das sei allen ein Anliegen gewesen. Deswegen sei der Vorwurf, die Landesregierung würde die Arbeit nicht wertschätzen, infam. Das stimme nicht. Im Gegenteil habe man sehr viel dafür getan, diese Arbeit auf einem guten Fundament weiter vor Ort zu ermöglichen – davon gehe er aus –, es sei das Fundament, das Schwarz-Gelb von der früheren Landesregierung übernommen habe.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 10 in der vorliegenden Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.